

❖ Die Debatten über die Zukunft der europäischen Währungsunion gewannen in den letzten Monaten an Schärfe. Ausgelöst durch die Finanzierungsschwierigkeiten Griechenlands im Mai 2010 und verschärft durch die Inanspruchnahme des EU-Rettungsfonds durch Irland im November 2010, hat die europäische Gemeinschaftswährung an Vertrauen eingebüßt. Dieser Vertrauensverlust gegenüber dem Euro ist nicht zuletzt ablesbar an erheblichen Wechselkursschwankungen. Der Euro verlor in den letzten Wochen im Vergleich zu anderen Weltwährungen an Wert. Gleichzeitig stiegen die Risikoaufschläge für Staatsanleihen südlicher Euro-Länder. Aber wichtig für die Gesamtbilanz ist: Bei Einführung des Euro war das Verhältnis zum US-Dollar 1:1,18, heute ist es 1:1,32 – ein deutlicher Anstieg. Diese Werte zeigen, dass die Debatte nicht nur aus der Tagesperspektive geführt werden darf.

Einige Wirtschaftswissenschaftler spekulieren bereits über das Auseinanderbrechen der Währungsunion oder fordern den Austritt einzelner Staaten. Sie erweisen dem „Friedensprojekt Europa“ damit einen Bärendienst, weil ökonomische Szenarien losgelöst von politischen Folgewirkungen entwickelt werden. Jenseits aller ökonomischen Gesetzmäßigkeiten im Währungsraum, die in der Vergangenheit offenkundig nicht hinreichend berücksichtigt wurden, muss der Euro immer auch als politisches Projekt begriffen werden. Das Signal, das von einem Auseinanderbrechen der Währungsunion ausgeht, hätte über den Binnenmarkt hinaus verheerende Folgen



für das weitere Zusammenwachsen Europas. Bundeskanzlerin Angela Merkel beschrieb das wiederholt mit den eindringlichen Worten: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Diese Beurteilung teile ich.

Aber abgesehen von seinem politischen Gewicht, hat die Währungsunion auch große ökonomische Bedeutung. Der Euro, neben dem US-Dollar die wichtigste Währung der Welt, hat gerade für Deutschland enorme ökonomische Vorteile gebracht. Heute werden sie als selbstverständlich erachtet, weshalb es notwendig erscheint, sie gelegentlich in Erinnerung zu rufen:

- Durch den Wegfall des Geldumtausches wurden das Zahlen und Reisen im gesamten Euroraum vereinfacht. Es ist von großem Wert, dass keine Wechselgebühren mehr anfallen und Preistransparenz geschaffen wurde.
- Mit der Einführung des Euro wurden die wirtschaftlichen Beziehungen im europäischen Binnenmarkt zusätzlich gestärkt. Davon profitiert insbesondere die deutsche Wirtschaft: Sie exportierte im Jahr 2009 insgesamt Waren und Güter im Wert von 804 Milliarden Euro, davon allein für 348 Milliarden Euro (43 Prozent) in die Länder der Eurozone.
- Die Inflation war vor Einführung des Euro im Durchschnitt höher als heute.
- Der Euro hat Deutschland in der jüngsten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zur Stabilität verholfen. Ohne ihn hätte es eine deutliche Aufwertung unserer nationalen Währung gegeben, mit negativen Effekten für die Exportwirtschaft. Der Euro hat dazu beigetragen, dass die

deutsche Wirtschaft besser als viele andere Volkswirtschaften durch die Krise gekommen ist.

Es gibt also viele Gründe, die für die europäische Gemeinschaftswährung sprechen. Daher liegt es im deutschen Interesse, diese Errungenschaften zu bewahren. Sie sichern Arbeitsplätze und Wohlstand. Wer die Währungsvorteile genießt, muss sich seiner Verpflichtung gegenüber dieser Währung bewusst sein. Deutschland hat wie kein anderes Land vom Euro profitiert, deshalb kommt es auch in schwierigen Zeiten seiner solidarischen Verantwortung nach.

Dieser Fall trat im Frühjahr 2010 ein, als einige Länder der Eurozone – insbesondere Griechenland – in eine Notsituation gerieten. Es wurden Garantieleistungen beschlossen, die zu einem erheblichen Teil von der Bundesrepublik Deutschland getragen werden. Darüber hinaus hat Deutschland gemeinsam mit den 26 weiteren Mitgliedstaaten der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einen befristeten Schutzschirm in Höhe von 750 Milliarden Euro aufgespannt, um die Finanzmärkte zu beruhigen, den Euro langfristig zu stabilisieren und hilfsbedürftige Staaten der Eurozone zukünftig vor Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Als Gegenleistung für potenzielle Hilfszahlungen müssen überschuldete Länder strenge Sparmaßnahmen und Reformauflagen umsetzen. Der Rettungsschirm hat kurzfristig verhindert, dass eine wirtschaftliche Kettenreaktion, ausgelöst durch die Zahlungsprobleme Griechenlands, Europa in tiefe Turbulenzen stürzt. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass den EU-Mitgliedstaaten – so auch Deutschland – Kosten bisher nicht entstanden sind. Sie würden nur eintreten, wenn die Länder, die den Rettungsschirm in Anspruch nehmen, die Anleihen nicht zurückzahlen.

Durch den finanziellen Beistand konnte die Lage in Griechenland ebenso stabilisiert werden wie in Irland. Zwar machen beide Staaten nur fünf Prozent der Wirtschaftsleistung der Eurozone aus, aber es wäre leichtsinnig, Gefahren, die aus den Rettungsaktionen für den Euro erwachsen,

auszublenzen. Dennoch spricht aus heutiger Sicht wenig dafür, dass der Euro im Kern gefährdet ist. Zum einen, weil alle Europäer aus der Haushaltsmisere gelernt haben (zumindest deuten Sparpakete und Strukturreformen in diese Richtung), zum anderen, weil Irland nicht mit Griechenland vergleichbar ist. Während die Schwierigkeiten in Irland auf die dortige Immobilien- und die daraus folgende Bankenkrise zurückzuführen sind, hat die griechische Misere mit dem Verlust der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu tun.

Die intensive Auseinandersetzung mit den Problemen im Euroraum zeigt, dass Europas Staats- und Regierungschefs willens sind, die eigenen Nationalstaaten wieder „fit“ zu machen und die Gesamtarchitektur der Eurozone zu stärken. Um das Vertrauen der Märkte und Bürger zurückzugewinnen, müssen Solidarität und Solidität wieder zusammengebracht werden. Der Kleinmut der Kritiker oder die nostalgischen Verklärungen der D-Mark helfen hier nicht weiter. Das Vermächtnis von Konrad Adenauer und Helmut Kohl lehrt uns, dass Europas Probleme stets mit Mut und Weitsicht gelöst wurden. Vergleicht man die historischen Schwierigkeiten, die auf dem einst zerrissenen Kontinent überwunden wurden, mit den heutigen Problemen, nimmt sich die Stabilisierung der Währungsunion als vergleichsweise kleine Herausforderung aus. Die Aufgabe unserer gemeinsamen Währung wäre insofern eine sehr kurzsichtige Entscheidung.

Ohne Zweifel sind die im Mai 2010 aufgelegten Rettungsmaßnahmen und auch das Handeln der Europäischen Zentralbank einmalig in der Geschichte der Union. Sie sind nicht ohne Risiko, aber die Botschaft, die von den Maßnahmen ausgehen sollte, war und ist deutlich: Die EU und ihre Regierungen unternehmen alles, um die Europäische Union und den Euro zu schützen. Natürlich war klar, dass damit die ökonomischen Probleme einzelner Länder und der Währungsunion insgesamt noch nicht gelöst waren. Aber die Maßnahmen verschafften Zeit, um erstens die „Schuldenberge“ in Europa in den Griff zu bekommen

und um zweitens die Regeln der EU verbindlicher zu gestalten.

In den letzten Monaten sind zwei Entwicklungen, einerseits auf nationaler Ebene, andererseits auf europäischer Ebene, zu beobachten. Auf nationaler Ebene haben tatsächlich viele europäische Regierungen in der jüngsten Zeit Einschnitte vorgenommen und Steuern erhöht, um Defizite abzubauen und zu einer solideren Haushaltspolitik zurückzukehren. Vielerorts ist Austerität das Wort der Stunde, das mit Enthalt-samkeit übersetzt werden kann und die Drosselung der Staatsausgaben bedeutet. Diese Bemühungen sind in den einzelnen Ländern mit politischen Risiken verbunden und rufen Widerstände hervor. Gerade deshalb bedürfen sie europäischer Unterstützung, etwa durch eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken. Dagegen ist die Ausgabe einer europäischen Gemeinschaftsanleihe (Euro-Bonds) zur Finanzierung der nationalen Schulden der Euro-Staaten aktuell abzulehnen. Sie würde unter jetzigen Bedingungen den Anreiz zu solider Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten schwächen und den Weg hin zu einer Transferunion ebnen. Daher war es richtig, dass die Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfeltreffen im Dezember 2010 andere Schwerpunkte setzten.

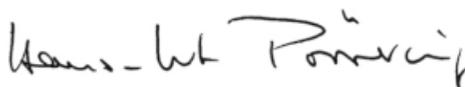
Auf europäischer Ebene haben sie bei demselben Treffen eine Vertragsänderung angestoßen, um ab Mitte 2013 unter Beteiligung privater Investoren einen dauerhaften Rettungsmechanismus für den Euro zu schaffen. Damit wurde ein Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, aufgegriffen. Gleichzeitig wurde auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft. Europa braucht eine neue Stabilitätskultur, um Währungssicherheit zu gewinnen. Deshalb ist es richtig, dass man sich auf eine stärkere Überwachung der nationalen Budgets verständigt hat. Die Mitgliedsländer müssen ihre Haushaltspläne künftig schon vor der Verabschiedung durch die nationalen Parlamente in Brüssel vorlegen. Auch die Staatsschulden werden jetzt genauer berücksichtigt. Künftig soll nicht nur die Neuver-

schuldungsgrenze (maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts), sondern auch die Gesamtverschuldung (maximal sechzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts) strikt eingehalten werden. Länder, die zu wenig unternehmen, um ihre Schulden zu verringern, können nun auch schneller bestraft werden.

Die Anstrengungen auf nationaler und europäischer Ebene zeigen, dass die Europäer entschlossen sind, die Probleme der Währungsunion zu lösen und die europäische Einigung durch eine stärker koordinierte Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik voranzutreiben. So werden aus Herausforderungen Chancen.

Vergleicht man die Eurozone mit anderen Weltregionen, etwa den Vereinigten Staaten von Amerika, die in dieser Ausgabe von Norbert Walter analysiert werden, können die Staaten des europäischen Währungsverbundes immerhin erste Erfolge bei der Rückführung angehäufter Staatsschulden nachweisen. Außerdem befindet sich die europäische Wirtschaft in einem weit besseren Zustand. In der Gesamtschau besteht demnach kein Zweifel, dass der Euro eine der stabilsten und attraktivsten Währungen der Welt bleiben wird.

Überzeugte Europäer haben nicht für den Kontinent gestritten, damit diese Errungenschaft leichtfertig aufgegeben wird. Überzeugte Europäer arbeiten dafür, dass eine Währungs- und Wirtschaftsunion durch eine stärkere politische Union flankiert wird. Auf dem Hintergrund der Erfahrungen von Krieg und Diktatur kämpfen überzeugte Europäer im Sinne Konrad Adenauers und Helmut Kohls für eine gute Zukunft des größten Friedensprojekts der europäischen Geschichte. ❖



Hans-Gert Pöttering MdEP
Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und Präsident
des Europäischen Parlaments a. D.